



Vom Abholzer zum Retter

➤ **»Rettung« und »Gefährdung« der kommunalen Kultur in Pankow**

Erst haben SPD und Grüne in Pankow viele soziale und kulturelle Einrichtungen auf die Schließungsliste gesetzt und für den Haushalt 2012 der Kultur eine Kürzung von 700.000 Euro verordnet. Dann brach ein Sturm der Entrüstung los. Nun präsentieren sich SPD und Grüne als Retter der Kultur. Ob die rot-grünen Abholzer der Mut verließ oder ob sie zu neuen Einsichten gelangten, kann dahinstehen. Ent-

scheidend für die Kehrtwende von SPD und Grünen war der massive Protest der Pankowerinnen und Pankower, der Künstlerinnen und der Künstler gegen den Kahlschlag. Nachdem wochenlang behauptet wurde, dass man Kultureinrichtungen schließen müsste, weil kein Geld da sei, werden nicht nur die meisten Kürzungen zurückgenommen, sondern oft noch mehr Geld als in den Vorjahren eingestellt. Das alles geschieht ohne einen Cent mehr Geld vom Land Berlin. DIE LINKE begrüßt die Umkehr von SPD und Grünen und erwartet, dass dies nachhaltig mit einem neuen Denken beim Umgang mit den Ergebnissen der Kosten-Leistungsrechnung bei der Haushaltsplanaufstellung verbunden ist. Die »Retterpose« von SPD und Grünen ist jedoch vergiftet. Zum einem ist die Schließung der Seniorenfreizeitstätte Stille Straße ein eklatanter Wortbruch von SPD und Grünen. Zum anderen verbinden sie die »Rettung« mit der Zustimmung zu einem Ausverkauf bezirklicher Gebäude im großen Umfang. Sie nehmen die

Aus unserer Fraktion

➤ **Rot-Grüner Ausverkauf**

... weiter auf Seite 2

Schwerpunktthema

➤ **Stille Straße vor dem Aus**
➤ **Spart sich Pankow seine Kultur?**

➤ **Ehrenamt Bibliothek
Französisch-Buchholz**

... weiter auf Seite 3 und 5

Kultur als Geisel zur Durchsetzung eines Ausverkaufs an öffentlichem Grund und Boden. Dieser rot-grüne Immobiliendeal bringt kurzfristig keine relevante Entlastung für den Bezirkshaushalt, entzieht aber mittel- und langfristig der öffentlichen Daseinsvorsorge den öffentlichen Grund und Boden. Der »Retter« entpuppt sich als »Gefährder«, der dem Bezirk den zukünftigen Handlungsspielraum entzieht. DIE LINKE hat deshalb dem deutlich verbesserten Haushalt 2012/13 nicht zugestimmt. Der Ausverkauf und die immobilienwirtschaftliche Geisterfahrt von SPD und Grünen müssen gestoppt werden.

Michail Nelken
Bezirksverordneter

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt
Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109
Tel.: (030) 4 20 22 08 73
kontakt@linksfraktion-pankow.de

DIE LINKE. Bezirksverband Pankow

Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
Tel.: 030 440 17 780
Fax: 030 440 17 781
bezirk@die-linke-pankow.de

SPD–Grüner Ausverkauf

Während die Stadt seit Monaten über eine zu verändernde Liegenschaftspolitik diskutiert, wollen SPD und Grüne in Pankow öffentliche Immobilien verkaufen. Die Verkaufsliste ist voller lukrativer Grundstücke. Den Finanzern, dem Liegenschaftsfonds und den Immobilienhändlern leuchten die Augen: der große Gebäudekomplex Fröbelstr. 17 und das Kulturareal Thälmannpark im hoch aufgewerteten Prenzlauer Berg, die Stille Str. 10 – derzeit noch Seniorenfreizeitstätte – im hochpreisigen Pankower »Städtchen« am Majakowskiring und das Büro- und Geschäftshaus Berliner Allee 100 in Weißensee. SPD und Grüne Pankow haben zudem keinen Hehl daraus gemacht, dass sie mehr öffentliche Grundstücke als Bauland an Bauherrengemeinschaften verkaufen wollen. Das Sporthallengrundstück am Weißensee und die »Werneuchener Wiese« am Friedrichshain waren bereits im Gespräch. Die SPD-Grünen Verkaufspromotoren haben neben dem Verwaltungsstandort Fröbelstr. 17 die Dienstgebäude am Darßer Bogen, in der Storkower Str. 97 und das Rathaus Weißensee an der Berliner Allee in die Verkaufsliste aufgenommen. Die Verwaltungen sollen sich bei privaten Investoren einmieten; Umzugskosten im Haushalt sind jedoch nicht eingestellt. Statt nachhaltig in das öffentlichen Immobilienvermögen zu investieren und dieses zu erhalten, sucht man den schnellen Euro und nimmt langfristig finanzielle Verluste für die öffentliche Hand in Kauf. Nach den massiven Protesten aus dem Kulturbereich wollen SPD und Grüne Pankow das Kulturareal Thälmannpark »nur« auf eine Treuhandgesellschaft übertragen. Warum reale Mietzahlungen an einen Dritten statt der kalkulatorischen Miete an das Land Berlin für die öffentlichen Hand kostensparender sein und wie dadurch zusätzliche Mittel für den Bezirkshaushalt entstehen sollen und freie Träger erhalten werden können, können die rot-grünen Betreiber dieser Lösung nicht darlegen. Eine neue Liegenschaftspolitik sieht anders aus. Das ist ein Rückfall in die »Vermögensaktivierungspolitik« von Schwarz-Rot zu Diepgens und Fugmann-Heesings Zeiten.

Sören Benn

Der Gebäudekomplex
Fröbelstraße 17
auf der Verkaufsliste



Aus der BVV

Arroganz der Macht

> BVV Pankow verabschiedet Haushalt des Ausverkaufs

»Die Haushaltsdebatte ist die Stunde des Parlaments« – dieser pathetische Unsinn wurde der Bezirksverordnetenversammlung Pankow (BVV) auch am 14. März von der SPD nicht erspart. Tatsächlich waren es gut fünf Lehrstunden darüber, was SPD und Grüne unter »lupenreiner Demokratie« verstehen, und was engagierte Bürger davon halten. Der BVV-Saal, der in der Fröbelstraße ja recht groß ist, war rappellvoll mit jungen und alten Pankowerinnen und Pankowern, die weder verstehen konnten noch akzeptieren wollten, dass die von ihnen genutzten Einrichtungen abgewickelt werden sollten. Die Proteste waren in den letzten Wochen stark gewachsen und haben erkennbar Wirkung gezeigt. Sicherlich war die Opposition innerhalb und außerhalb der BVV nicht so naiv, dass die »Regierungskoalition« von SPD und Grünen von dem Herzstück ihrer Koalitionsvereinbarung ablassen würden. Aber die Damen und Herren zeigen Nerven. Üble Polemik und handfeste Drohungen sollten die unbotmäßigen Bürgerinnen und Bürger zur Ordnung rufen. Und was die Peitsche an Unterwerfung nicht erreichen konnte, sollte durch Zuckerbrot erkauf werden. Kaum jemand ist darauf her-

eingefallen. Die Zusage, viele der zu nächst einmal bedrohten Projekte nun doch zu finanzieren, mag für dieses und im besten Fall auch noch für das nächste Jahr tragen. Wenn jedoch der Bezirk sich von eigenen Immobilien trennt und dafür zukünftig ab 2014 Miete an fremde Vermieter zahlen muss, dann wird es teuer und dann werden mit Sicherheit viele Projekte sterben müssen. Die Bürgerinnen und Bürger, die sich in den letzten Wochen fachkundig gemacht haben, wissen um diesen Zusammenhang und haben es der Koalition nicht durchgehen lassen. Wohl aus Angst und Unsicherheit über die eigenen Leute wurde von der SPD namentliche Abstimmung über den Haushalt beantragt. So gelang es der Mehrheit, ihren Haushalt unter dem Protest der bis zuletzt ausharrenden Besucherinnen und Besucher zu verabschieden.

Ein Trauerspiel des Parlamentarismus und ein schlechter Tag für Pankow – aber auch ein schlechtes Beispiel taugt ja noch dazu, dass man daraus lernen kann. Und viele der Anwesenden haben sicher viel gelernt. Es wäre wirklich schade, wenn ein zukünftiger BVV-Saal nicht so viel Platz für Besucher bieten würde!

Niels Petring, Bezirksverordneter

Spart sich Pankow seine Kultur?



Von Sparplänen bedroht ist auch die Kurt-Tucholsky-Bibliothek

Großer Andrang bei der Anhörung der Pankower Linksfraktion am 2. März 2012 zur Situation der bezirklichen Kultur: Viele Kulturschaffende, Bürgerinnen und Bürger und der für Kultur zuständige Stadtrat Kühne (CDU) waren gekommen.

Nach Erläuterung des Haushaltsentwurfes durch den Vorsitzenden der Linksfraktion, Michael van der Meer, berichteten die Gäste, wie sich die geplanten Einsparungen in ihren Bereichen auswirken. Die drei ehrenamtlichen Bibliotheken erhalten einen bezirklichen Zuschuss von nur wenigen hundert Euro zu den Betriebskosten. Sie berichteten, dass die Zahl der Nutzer in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen ist. Klaus Lemnitz von der ehrenamtlichen Kurt-Tucholsky-Bibliothek im Bötzw-Viertel erläuterte, dass sie 16 Prozent mehr Lesende und 33.000 mehr Ausleihen haben. Herr Meinhard von der Ehrenamtsbibliothek in Wilhelmsruh betonte: »Nirgendwo anders gibt es kostenlose Bücher«. Im zweiten Teil der Anhörung ging es um das Kulturareal Thälmannpark. Jens Becker vom Aktionsbündnis Berliner Künstler erläuterte die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Einrichtungen: »Hier können sich Kunstschaffende bewerben und auftreten und wenn sie gut sind, dann können sie wieder

kommen.« Zu der von Stadtrat Kühne favorisierten Lösung einer Treuhänderschaft – also jemand soll die Immobilie übernehmen und die Kultureinrichtungen mieten Räume – äußerte er sich nicht eindeutig, da es unterschiedliche Positionen hierzu gibt. Aber er verwies auf die Risiken: »Die Diskussion über Kultur ist entweder eine Haushalts- oder eine Immobiliendiskussion«. Notwendig sei aber eine Debatte über einen Kulturentwicklungsplan im Bezirk. Dies bestätigte auch Ela Zorn, Projektleiterin u.a. von »Kinder machen Kurzfilme«. Das Projekt kooperiert mit Schulen und bindet pro Jahr etwa 900 Kinder ein. Ela Zorn erhielt viel Beifall für den Satz: »Wenn es keine kulturelle Bildung mehr gibt, dann wird es irgendwann nicht mal mehr Ehrenamtliche geben, die sich für die Gesellschaft engagieren.« Michael Hegewald vom Kunsthaus e.V. machte klar, dass der Verein im Falle eines Verkaufs der Immobilie die Miete nur bezahlen könnte, wenn er die Kursgebühren erhöhe. Dann könnten sich jedoch viele der 300 Teilnehmenden die Kurse nicht mehr leisten. Der bezirkliche Zuschuss von 580 Euro soll gestrichen werden.

Elke Breitenbach,
Mitglied des Abgeordnetenhauses



Sozialausschuss beschloss Zwangsverteilung sozialer Angebote

Der Sozialausschuss der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) befasste sich am 6. März mit der geplanten Haushaltseinsparung, die zur sofortigen Schließung der Seniorenbegegnungsstätte Stille Straße 10 führt.

Zahlreiche SeniorInnen der Einrichtung füllten den Raum und erhofften sich von den Mitgliedern des Ausschusses Unterstützung. Die SeniorInnen können nicht verstehen, weshalb die Bezirksstadträtin für Soziales, Frau Zürn-Kasztantowicz (SPD), vor der Wahl den Erhalt der Begegnungsstätte und umfangreiche bauliche Investition zugesagt hatte und die Einrichtung nun nach der Wahl schließen will. Immerhin gibt es zum Erhalt der Einrichtung auch entsprechende BVV-Beschlüsse.

»Zwei andere soziale Einrichtungen, die sich im Kiez befinden, können und sollen die 21 Gruppenangebote mit 316 SeniorInnen der Stille Straße aufnehmen«, erklärte die Stadträtin. Die wollen sich jedoch nicht gezwungenermaßen in einzelnen Kursen auf mehrere Orte aufteilen lassen, sondern empfinden sich als Begegnungsstätte, die Raum für Freizeitgestaltung, Bildungs- und Lernangebote, Informationen und Begegnungen bietet.

»Es geht uns um den sozialen Zusammenhang«, sagte die Clubvorsitzende Frau Syrbe. Das Ausschussmitglied der Piratenfraktion sah das anders. Für ihn sind andere Projekte wichtiger als die Freizeitgestaltung der Senioren. Diese Haltung kam auch im Abstimmungsergebnis zum Ausdruck. Die Mehrheit der Ausschussmitglieder stimmte für die Schließung der Stillen Straße. Neben zwei Enthaltungen waren es einzig die drei Mitglieder der Linksfraktion, die für den Erhalt der kommunalen Begegnungsstätte stimmten.

Eveline Lämmer,
Mitglied des Bezirksvorstandes

◁ Protest gegen die Schließung der Seniorenbegegnungsstätte.

Im Bundestag kommt es immer wieder zu seltsamen Widersprüchen: So engagiert sich die Kinderkommission des Bundestages für den Red Hand Day, eine weltweite Aktion gegen den Einsatz von Minderjährigen als Soldaten. 250.000 Kinder und Jugendliche sind zwangsrekrutiert, werden zu Mördern gemacht. Der Einsatz dagegen ist unbedingt sinn-

voll. Aber während sich Abgeordnete aller Fraktionen gegen diesen Missbrauch wenden, hat es der Bundestag bisher nicht verboten, dass sich 14-Jährige auf Informationsveranstaltungen der Bundeswehr mit potentiell todbringendem Kriegsgerät vertraut machen. Sie können u.a. Panzer und Kampfhubschrauber von innen besichtigen, lernen die Waffensysteme kennen und können in Kriegsfahrzeugen mitfahren. Sicher, sie schießen nicht, dies darf man nicht gleichsetzen. Aber Jugendliche werden auf diese Weise unkritisch an die Aufgaben der Bundeswehr herangeführt, lernen auf Werbeveranstaltungen »dufte Kumpels« der Bundeswehr kennen und in der Schule werden sie dann für den Dienst an der Waffe geworben. Ich finde es gut, wenn man sich mit den Realitäten des Krieges auseinandersetzt. Dazu kann auch ein Besuch in einer Kaserne gehören. Aber sie sollten nicht die vermeintlichen Schokoladenseiten, also tolle PS-starke Maschinen kennenlernen, während das Handwerk jeder Armee



ausgeblendet wird: der Einsatz im Krieg. Deshalb hat DIE LINKE einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem der Zugang von Kindern und Jugendlichen zu Kriegswaffen bei Bundeswehrveranstaltungen verboten werden soll. Mal sehen, ob auch Abgeordnete anderer Fraktionen sich hier für den Schutz von Kindern und Jugendlichen einsetzen.

Stefan Liebich,
Bundestagsabgeordneter

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A

13187 Berlin-Pankow

(gegenüber der Alten Pfarrkirche)

Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner

stefan.liebich@wk.bundestag.de

Tel.: 030.499 87 408



Kurz aus dem Kiez

> Stadtbad verkauft

Im Dezember 2011 wurde das Stadtbad Oderberger an das in der Kastanienallee ansässige GLS-Sprachenzentrum verkauft. Nach denkmalgerechter Sanierung und Integration in den Campus soll das Stadtbad für den öffentlichen Schwimmbetrieb im Frühjahr 2015 eröffnen.

> Zweifeldsporthalle

Der Neubau der Zweifeldsporthalle in der Smetanastraße 31 im Weißenseer Komponistenviertel wurde Ende Februar eingeweiht. Die Halle grenzt an die Picasso-Grundschule und die Schule im Komponistenviertel, die mit dem Sporthallenneubau wesentlich verbesserte Bedingungen für den Schulsport erhalten. Zudem ist die neue Halle in den Abendstunden für den Vereinssport offen.

Kurz aus dem Kiez

> Clubsterben

Die Klubszene in Prenzlauer Berg war einmal bunt und bekannt. Nun musste auch der Klub der Republik in der Pappelallee Eigentumswohnungen Platz machen. Bei einer öffentlichen Kunstperformance waren ca. 100 Betreiber, Freunde und Unterstützer, darunter der Pankower Bundestagsabgeordnete Stefan Liebich, dabei, als bei Kerzen und Blumen die Namen derjenigen Klubs »ans Kreuz geschlagen« wurden, die in den letzten Jahren schließen mussten.

> Denkzeichen

Eine Informationstafel erinnert – dank des Runden Tisches Lager Blankenfelde – nunmehr an das Krankensammelager Blankenfelde. Auf dem Gelände befand sich von 1941 bis 1945 ein »Krankensammellager für arbeitsunfähige

Kurz aus dem Kiez

hige Ostarbeiter«. Hier starben mindestens 700 Männer und Frauen aus der Sowjetunion, die zur Zwangsarbeit ins Deutsche Reich verschleppt wurden.

> Verdienstorden

An Dr. Inge Lammel wurde der Bundesverdienstorden der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Sie hat intensiv über das Leben jüdischer Familien in Pankow geforscht. Seit 1993 wurden von ihr zeitgeschichtliche Dokumentationen (»Jüdische Lebenswege«) veröffentlicht. Sie führte die weltweit verstreuten ehemaligen Zöglinge des Jüdischen Waisenhauses in Pankow zusammen, begründete die Waisenhaus-Jahreskalender, eine Publikation, die an Pankower jüdische Familien und Einzelpersonen erinnert. Zudem regte sie an, Erinnerungstafeln an Häusern anzubringen.

KulturNot Pankow 2012

> **Ehrenamtlich geführte Bibliothek in Französisch Buchholz vor dem Aus?**



Angesichts der Pläne in Pankow, viel Geld bei der Kultur zu kürzen, kann man nur fassungslos den Kopf schütteln. Denn Berlin will auch ein überflüssiges Stadtschloss für ca. 590 Millionen Euro wieder zum Leben erwecken und überlegt, ob man sich mit einem sanierten ICC – ca. 330 Millionen Euro – ein »vergoldetes Raumschiff« leistet. Die Chancen für diese Vorhaben stehen nicht schlecht. Sehr schlecht hingegen steht es um die Finanzierung der seit sieben Jahren ehrenamtlich arbeitenden Nachbarschaftsbibliotheken (Nabis) in Buchholz und Wilhelmsruh. Personal- oder Sachkosten fallen schon seit 2005 nicht mehr an, denn hier wurde schon alles weggekürzt. Die einzigen Zuschüsse, die das Bezirksamt noch gewährt, sind monatlich 450 Euro für Miet- und Betriebskosten. Wenn dieses Geld nicht mehr übernommen würde, ist das der »Todesstoß« für beide Bibliotheken! Die Nabi Buchholz, umgeben von Grundschulen

und Kindergärten, als einziger Medienstandort »janz weit draußen«, durch jahrelanges kluges Bewirtschaften prima aufgestellt, mit regelmäßigen Kinderveranstaltungen, florierender Ausleihe und knapp 500 Lesern würde sterben oder besser gesagt vom Bezirksamt Pankow hingerichtet! »Junge, Junge«, da fragt sich die Berlinerin zu recht, haben hier welche »zu heiß gebadet?« Eigentlich könnte sich Berlin an unserer sparsamen und verantwortlichen Haushaltsführung ein Beispiel nehmen. Im Laufe der Jahre wurden wir mit zahlreichen Ehrungen für ehrenamtliches Engagement durch Senatoren bedacht. Wir geben im Fall der Streichung der Zuschüsse unsere Auszeichnungen gerne wieder zurück. Denn sie waren scheinbar nicht ernst gemeint, man wollte damit nur ein bisschen das ehrenamtliche Volk bauchpinseln.

Sabine Burgaleta für die Bibliothek in Französisch Buchholz

Neue Energie für Berlin – sozial, ökologisch und demokratisch

Vor ein paar Tagen hat ein breites Bündnis aus über 20 Organisationen, Verbänden und politischen Gruppen, die sich zum Berliner Energietisch zusammengeschlossen haben, mit dem Sammeln von Unterschriften für ein Volksbegehren begonnen. Auch DIE LINKE und ihre Fraktion im Abgeordnetenhaus unterstützen die Initiative. In dem Gesetzentwurf des Energietischs finden sich wichtige Vorhaben aus unserem Wahlprogramm wieder. So wird zum einen die Gründung einer Netzgesellschaft durch das Land Berlin gefordert, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Energienetze wieder in die kommunale Hand zu überführen. Zum anderen wird die Errichtung eines Stadtwerks angestrebt, das als Alternative zu Konzernen wie Vattenfall auch als Energieerzeuger agieren soll. Bei dem Volksbegehren geht es aber um mehr als einfach um Verstaatlichung, wie manche Zeitungen nun schreiben. Die Energienetze müssen umgebaut und so eingerichtet werden, dass viele kleine ökologische Erzeuger die Energie aus ihren Solaranlagen oder Blockheizkraftwerken problemlos in das Netz einspeisen können. Das werden Konzerne wie Vattenfall von sich aus nicht tun. Denn die wollen vor allem möglichst viel Energie aus ihren Großkraftwerken absetzen. Es geht auch um demokratische Kontrolle. Deshalb soll knapp die Hälfte des Verwaltungsrats im zu gründenden Stadtwerk direkt durch die Bevölkerung gewählt werden. Und es geht nicht zuletzt darum, die Energiewende sozial zu gestalten. So müssen Haushalte mit geringen Einkommen Unterstützung bekommen, um auf energiesparende Geräte umzustellen. 20.000 Unterschriften braucht das Volksbegehren in der ersten Stufe. Es wäre gut, wenn es deutlich mehr werden. Nur mit dem Druck von der Straße werden wir den Senat davon abhalten, den ökologischen und sozialen Wandel im Energiesektor zu verschlafen.

**Klaus Lederer,
Landesvorsitzender DIE LINKE Berlin**

VOLKSBEGEHREN www.berliner-energietisch.net

Neue Energie für Berlin
demokratisch, ökologisch, sozial

BERLINER ENERGIE TISCH

BERLINER ENERGIE TISCH

Leserbrief

Die Reihe der Basistage für das Jahr 2012 der LINKEN Pankow startete mit einem interessanten methodischen Versuch. Dem Wunsch der Teilnehmenden wurde entsprochen und der Diskussion ein breites Feld eingeräumt. In vier Stationen konnte nach Herzenslust zu wichtigen Themen informiert und gestritten werden. An meinem Tisch agierten 15 Männer und Frauen zu dem wichtigen Thema: »Was ist »Links«?« Zur Verfügung standen 45 Minuten. Danach Zusammenfassung durch die Moderatorin. Jeder kam zu Wort, das war positiv. Aber: Ein so komplexes Thema kann beim besten Willen nicht in 45 Minuten diskutiert werden. Da die entscheidenden Aussagen zu dem Thema im Parteiprogramm ausgewiesen sind, wäre eine Einschränkung darauf von Vorteil gewesen. Die Zusammenfassung muss im Verlauf der Diskussion entstehen. Damit würde mehr Zielstrebigkeit erreicht. Alles in Allem ein positiver Versuch, der für gesonderte Diskussionsveranstaltungen seine Berechtigung hat. Es ist jedoch zu fragen, ob diese Methode für den Basistag geeignet ist. Ich muss das verneinen. Bisher standen wichtige Themen zur Argumentation und Information im Mittelpunkt. Darauf sollte nicht verzichtet werden. Die nachfolgende Diskussion zum Thema kann nur als Korrektur oder Weiterführung der Themen gestaltet werden. Das erfordert Konzentration und Disziplin auf das Thema, sonst reicht der Zeitrahmen nicht. Als Ergänzung erwarte ich, dass der Bezirksvorstand selbst einen deutlich höheren Anteil am Inhalt des Basistages für Berichterstattungen und Aufgabenstellungen für die Basisorganisationen (BO) unseres Bezirksverbandes übernimmt. Ich höre schon den Einspruch gegen die Forderung nach Aufgabenstellungen für die BO. Machen wir uns doch endlich frei, dass Aufgabenstellungen Ausdruck von Gängelei sind. **Klaus Flemming**

Schreibt uns Eure Meinung!

100 Tage in der BVV

> Widersprüchliche Erfahrungen mit Kommunalpolitik



Spontan ist mir bei dieser Anfrage der Redaktion, wie ich diese ersten 100 Tage in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sehe, das Wort »Frust« eingefallen. Nun mag das speziell der gegenwärtigen Debatte um den Haushalt 2012/13 geschuldet sein. Aber gerade die Art und Weise dieser Auseinandersetzung ist für mich bezeichnend für das, was ich seit Beginn in diesem Kommunalparlament erfahren habe und was meinen Erwartungen von demokratischer Kommunalpolitik diametral entgegensteht. Ich bin davon ausgegangen, dass auf dieser unteren Ebene von Politik, so etwas wie eine parteienübergreifende Orientierung am Gemeinwohl der Bürgerinnen und Bürger



dieses Bezirks möglich ist, dass uns allen gleichermaßen die lebenswerte Gestaltung von Pankow am Herzen liegt. Möglicherweise war das ja naiv gedacht, zumal wahrscheinlich die Interpretation von Gemeinwohl bei den Parteien sehr unterschiedlich ausfällt. Andererseits habe ich von den »alten« Fraktionsmitgliedern gehört, dass auch für sie die Brachialgewalt, mit der die neue Mehrheit von SPD und Grünen in diesem »kollegialen« Bezirksamt und in der BVV ihre Politik durchboxt, eine durchaus neue Erfahrung ist. Ein Hauch wütender Ohnmacht kommt mich denn doch an, wenn trotz des engagierten Widerstandes und begründeter Gegenargumentation die de facto Koalition von SPD und Grünen ihre technokratische Antikulturpolitik durchsetzt.

Einen kleinen Funken von überparteilicher Zusammenarbeit erlebe ich dennoch: mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft, Gleichstellung und Städtepartnerschaften, Christiane Heidenreich (Grüne). Sie sucht mit mir als stellvertretender Ausschussvorsitzenden nach gemeinsamen Wegen und Kompromissen, um auf unseren Politikfeldern etwas bewegen zu können. Da kommt doch etwas Hoffnung auf.

Und die Zusammenarbeit in unserer Fraktion? Gerade in der Haushaltsdebatte haben wir einige Erfahrungen sammeln können, wie schwer es ist, sich aus einer Minderheitenposition heraus gestaltend einmischen zu können. Umso dringlicher ist es, die Stärken der einzelnen Fachpolitiker/innen zusammenzuführen und in politischen Initiativen wirksam zu werden. Gemeinsam sind wir stärker!

Helga Adler, Bezirksverordnete

Kreuzpfuhl

Wer den Pistoriusplatz in Richtung Kreuzpfuhl überquert, hat es bestimmt schon gesehen: Am Haus Pistoriusstraße 24, gleich links neben dem Frei-Zeit-Haus steht seit 2009 in großen Buchstaben »Bildungsverein am Kreuzpfuhl e.V.«

Worum geht es den Mitgliedern dieses Vereins? Zunächst wollen wir einen Beitrag zu einem verbesserten Bildungsangebot jenseits der herrschenden Meinungsmache in Medien leisten und organisieren politische Vorträge, Foren, Veranstaltungsreihen, aber auch lockere Diskussionen, Filmvorführungen und Buchlesungen. So tragen wir dazu bei, den Horizont und das Wissen jenseits der oft oberflächlichen Medienlandschaft zu erweitern.

Im Jahr 2012 beteiligen wir uns mit einer Veranstaltungsreihe »Bürgerstammtisch« am Lokalen Aktionsplan in Weißensee und Heinersdorf. Wir widmen uns der Aufklärung über rechte Tendenzen in Weißensee, informieren über die Wirkung versteckter rechts-extremistischer Symbole, suchen Strategien gegen rechte und rechtsextreme Gewalt und gedenken der Judenpogrome 1938. Weiterhin sind Filmvorführungen und eine Buchlesung mit einem Autor aus dem Eulenspiegelverlag geplant.

Eingeladen zu unseren Veranstaltungen sind jede und jeder, die für eine tolerante und weltoffene Gesellschaft eintreten. Wer uns jenseits unserer Veranstaltungsreihen kennenlernen will, kann gern mittwochs ab 20 Uhr bei unserem wöchentlichen Politstammtisch in den Vereinsräumen vorbeischauen, wo neben Vereinsmitgliedern oft auch Politikerinnen und Politiker aus unserem Bezirk zu Gast sind.

Sölk Leitert

www.bv-kreuzpfuhl.de



Bürgerstammtisch »Tendenzen der Verlagerung rechter Gewalt von Pankow nach Weißensee«

**Mittwoch, 11. April
18.30 Uhr**

Gast: [moskito] – Netzwerkstelle gegen Rechts-extremismus – für Demokratie und Vielfalt

in den Räumen des Bildungsverein »Am Kreuzpfuhl« e.V. – in der Pistoriusstraße 24

★ wann was wo ★ wann was wo ★

27. März • 10 Uhr

Äne Saefkow – Antifaschistin – Kommunalpolitikerin

Seniorenklub im Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28, Helle Panke e.V.

29. März • 19 Uhr

Russland 20 Jahre danach

Ein labiles Modell des russischen Kapitalismus und seine Besonderheiten.
Reihe: Forum Wirtschafts- und Sozialpolitik, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9

4. April • 19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

16. April • 18 Uhr

Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

18. April • 19.30 Uhr

Sitzung des Bezirksvorstandes in der Bezirksgeschäftsstelle

21. April • 10 Uhr

Basiskonferenz der LINKEN Berlin
ND-Gebäude, Franz-Mehring-Platz 1

23. April • 18 Uhr

Sitzung der Linksfraktion in der BVV im Fraktionszimmer

24. April • 19 Uhr

Gesellschafts-Transformation im 21. Jahrhundert

Vom radikalen Marktsystem zu einer nachhaltigen Solidargesellschaft
Referent: Rolf Reißig

Reihe: Forum Wirtschafts- und Sozialpolitik, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9

25. April • 17.30 Uhr

6. Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Pankow
BVV-Saal, Fröbelstraße 17

1. Mai • 13 Uhr

1. Mai-Fest an der Bötzoweiche
Kino am Friedrichshain



Ganz anders!

Nein, wir trafen uns nicht am Sonntag, sondern erst am Montag, nicht um 9 Uhr, sondern um 10 Uhr und nicht zum Frühstück, sondern zum Brunch. »Was gibt's?«, meine übliche Eröffnungsfrage.

Dieter, die Enttäuschung stand ihm ins Gesicht geschrieben: »Warum ausgerechnet den Gauck? Der Bürgerrechtskämpfer hat seine Meriten doch erst in der Gauck-Behörde erworben.« »Aber dort mit vollem Einsatz«, wurde er von Frieder ergänzt. Manfred: »Interessant, die Kanzlerin schließt DIE LINKE aus und alle anderen Parteien im Bundestag machen mit. Das ist »Klassendemokratie« in Reinkultur.«

»Warum lehnen wir Gauck ab?«, fragte Benjamin. Alle durcheinander: Er findet die Proteste der Occupy-Bewegung gegen den Finanzmarktkapitalismus über-

trieben, er findet es richtig, dass der Verfassungsschutz bestimmte Leute in der LINKEN observiert und auch den militärischen Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan findet er erträglich. Reicht das? Aus Kummer tranken wir zunächst Korn und Bier.

Dieter, dann weiter: »DIE LINKE hat Beate Klarsfeld als Kandidatin für die Wahl zur Bundespräsidentin aufgestellt.« »Und, hat sie erklärt, was unter Links zu verstehen ist?«, rief Kurt dazwischen. Meine Antwort: »Nein, aber sie fordert eine schnellere Bestrafung der Rechtsextremen in Deutschland und sie leistete einen ehrlichen Beitrag zur antifaschistischen Vergangenheit der DDR.« »Ihre Auswahl durch unsere Partei ist eine kluge Entscheidung, um unsere Haltung zum Profil eines Bundespräsidenten für alle Deutschen zu demonstrieren«, so Manfreds Meinung. Gefrühstückt haben wir nicht, aber mit

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Kopenhagener Str. 76, 10437 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44017781

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Carsten Schatz

Redaktionsschluß: 15. März 2012
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 4.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 1. Mai 2012

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Sandra Kaliga, Ehrenamtsbibliothek Französisch-Buchholz, Wahlkreis-Team Stefan Liebich, Michael van der Meer, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto-Nr.: 43 84 81 68 00

BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: 810-505

Korn und Bier uns für die Gartenarbeit gestärkt. Es war eben alles anders. Prost!
Klaus Flemming

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

		2	3			4		
	4		5	6		2	3	
8					4		5	
4		1	6	9	7			8
	8	7	1		3	6	9	
		3		4	2	5	1	
3		8		2	6	1		5
	7	5			1			
	2	4						3

	1	5	6			4		
6				8	5		1	
	7	9			4	6		
	8	1						2
	9							
4		6	7					5
		7						
2	4	3		1		8		7
	6				9			4

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.